

Israel in Schutz nehmen ... doch welches Israel meinen wir?

Ein kritischer Beitrag zum Schreiben und Wirken von Herrn Bernard Gottlieb

In einem persönlichen Artikel hatte der Autor dieses Beitrages sein Entsetzen über das anhaltende Morden an Zivilisten und die systematischen Verletzungen des humanitären Völkerrechtes im Gazastreifen ausgedrückt (Tageblatt vom 16. Januar). Wie nicht anders zu erwarten blieb eine heftige Reaktion unter der Feder von Bernard Gottlieb nicht aus (Tageblatt vom 24.1.). Er konnte die beschriebenen schrecklichen Kriegsverbrechen Israels in Gaza nicht widerlegen, wohl deshalb suchte er den Autor zu diskreditieren. Da es ihm nicht um eine kontradiktorische Debatte zwecks Wahrheitssuche ging, lehnte er eine Einladung des Tageblattes auf ein argumentatives Streitgespräch mit dem Autor ab.

Herr Bernard Gottlieb ist Präsident von RIAL - *Recherche et information sur l'antisémitisme au Luxembourg* - und veröffentlicht seit 2017 Jahresberichte über Antisemitismus in Luxemburg. Der Einsatz gegen alle Formen von Rassismus ist notwendig und im Interesse des Zusammenlebens aller Bürger in einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Es ist wichtig, dass dieser Einsatz objektiven Kriterien unterliegt, im Einklang mit der universellen Charta der Menschenrechte steht und nicht für andere Zwecke missbraucht wird. In dieser Optik möchte der Unterzeichner im Folgenden sich mit dem Beitrag von Herrn Gottlieb auseinandersetzen und sich dabei auf sechs Passagen beschränken, die alle mit Anführungszeichen markiert sind.

- Herr Bernard Gottlieb (BG) schreibt: „Genozid ist zum Schlagwort geworden“. Gewiss, man soll vorsichtig sein mit diesem Begriff. Doch dürfte BG die Zahlen der Opfer und das Ausmaß der Zerstörungen kennen sowie die genozidale Sprache israelischer Politiker und Militärs, womöglich auch die zahlreichen Berichte renommierter Menschenrechtsorganisationen, welche Israels Armee des vorsätzlichen Völkermordes im Gazastreifen beschuldigen (1). BG's Anliegen ist es, Israels Verbrechen zu minimisieren, doch lassen sich Verbrechen gegen die Menschheit leugnen?
- BG schreibt, „dass diese Terroristen ohne Uniform kämpfen, sich unter die Zivilbevölkerung mischen und von dieser gedeckt werden“. Er versucht so die Schuld für das zehntausendfache Morden von Zivilisten der Hamas und sogar der Zivilbevölkerung selbst zuzuschieben. Das erinnert gefährlich an die Kriegsrhetorik des ehem. Verteidigungsministers Yoav Galant, der die Einwohner Gazas als „menschliche Tiere“ bezeichnete oder eines Jitzchak Herzog, israelischer Staatspräsident, der verlauten ließ: „Es ist eine ganze Nation, die verantwortlich ist. Diese Rhetorik über Zivilisten, die angeblich nicht involviert wären, ist absolut unwahr ... und wir werden kämpfen, bis wir ihr Rückgrat brechen“ (2).
- Ohne Beweise zu liefern schreibt BG von „Terror-Tunnels und Kommandozentralen unter Krankenhäusern oder Schulen“. Mit denselben Worten begründen die Armeesprecher die flächendeckende Zerstörung von Spitälern und Schulen im Gazastreifen. Humanitäres Völkerrecht jedoch verbietet unter allen Umständen Angriffe auf zivile Objekte wie Schulen, Spitäler oder medizinisches Personal (3). Israels Armee hat den gesamten Gesundheitssektor in Gaza

systematisch demoliert und dabei mindestens 408 humanitäre Helfer getötet, wie die Weltgesundheitsorganisation WHO (4) und Amnesty International melden. Ebenso hat sie das gesamte Bildungssystem ausgelöscht, 96 % der Schulen sind zerstört oder beschädigt, 745 000 Schüler und Studenten haben seit anderthalb Jahren keinen Unterricht mehr (5).

- BG bezeichnet die palästinensischen Kämpfer als Nachfolger der Nazis und schreibt von „Todesschwadronen der Hamas“, die „wehrlose Menschen in ihren Häusern“ ausräuchern und „Vergewaltigungen, Verstümmelungen und Leichenschändungen“ begehen. Zweifellos wurden beim Angriff palästinensischer Milizen auf israelisches Territorium vor anderthalb Jahren schlimme Kriegsverbrechen begangen, die auch dementsprechend verurteilt wurden. Doch wie kann es sein, dass ein Rechtsstaat - wie Israel das von sich behauptet - ähnliche und noch viel schlimmere Verbrechen begeht in seiner nicht enden wollenden Unterdrückung der Palästinenser? Jedes einzelne Menschenleben verdient Schutz, doch wo am 7. Oktober in Israel 20 Kinder unter 14 Jahren ermordet wurden, hat Israels Armee seither etwa 20 000 (!) Kinder im Gazastreifen ermordet. Tausende Menschen wurden verschleppt, in israelischen Gefängnissen steht Folter auf der Tagesordnung, sexuelle Gewalt gegen Häftlinge ist nachgewiesen, 63 Palästinenser sind in Haft umgekommen (6). Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem belegt die schrecklichsten Tatsachen in ihrem Bericht „Willkommen in der Hölle - Das israelische Gefängnisssystem als ein Netzwerk von Folterlagern“ (7). Am 13. März 2025 veröffentlichte die UNO-Menschenrechtskommission den Bericht „Israels systematische Anwendung sexueller, reproduktiver und anderer Formen geschlechtsspezifischer Gewalt“ (8). Die israelische Armee hält, zum Teil seit Jahren, die Leichname von Hunderten getöteten Palästinensern zurück und verunmöglicht Opfern und Überlebenden einen Abschied in Würde; der Oberste Gerichtshof Israels billigt gar die Ausbeutung der Leichname als politisches Druckmittel (9). Wie bezeichnet BG diese Methoden?
- „Wie soll ein Land agieren, dessen Nachbarn seine Auslöschung wollen?“ fragt BG. Es ist eine gängige Strategie Israels und seiner Unterstützer, sich in der Opferrolle darzustellen. Tatsache ist, dass Israel die einzige Atommacht der Region ist und bedingungslose militärische Unterstützung der USA genießt, seine Nachbarstaaten seit Jahren destabilisiert und bombardiert und fremde Territorien unter Verletzung des Völkerrechts besetzt. Auch im Westjordanland zerstört die israelische Armee, Hand in Hand mit den Siedlern, Häuser und Straßen, tötet und vertreibt Menschen in der erklärten Absicht sich das ganze Territorium „From the River to the Sea“ einzuverleiben und die Zwei-Staatenlösung definitiv auszuradieren. Das steht auch offen so im Regierungsprogramm und in der Charta der Likud-Partei, das sagt auch offen ein israelischer Finanzminister Smotrich, ein Siedler, der sich selbst als „Faschist“ bezeichnet und von „Eretz Israel“ (Groß-Israel) tönt. In Wirklichkeit setzt Israels Regierung alles daran, Palästina mit brutaler Gewalt auszulöschen. Das weiß auch BG, doch er stellt bewusst die Dinge auf den Kopf. Diesen „typische(n) Umkehrmechanismus“ – so seine Worte - unterstellt er jedoch den andern.
- Wenn es darum geht Israel in Schutz zu nehmen, scheut BG sich nicht Menschen judenfeindliche Beweggründe zu unterstellen. In seinem Beitrag hatte der Unterzeichner Israels Vernichtungskrieg im Gazastreifen angeprangert, doch sicherlich kein Wort über *Juden*

geschrieben. Nichtsdestotrotz stellt BG den folgenden schwer verständlichen Satz in den Raum: „Der Autor (CG) spricht, eingenommen von seiner eigenen moralischen Überlegenheit über alles jüdische Leben, von Doppelstandards und Doppelmoral der „Anderen““. Gerade BG sollte wissen, dass die Gleichsetzung von Israel als Staat mit dem Judentum ein gefährliches Unternehmen ist, das zur Fehlwahrnehmung beiträgt, dass Jüdinnen und Juden für die Handlungen dieses Staates verantwortlich wären. Ebenso kommt nirgendwo im Beitrag von CG der Begriff „der Anderen“ vor, doch BG führt ihn zwischen Anführungszeichen an, als ob es sich um ein Zitat handle. Einer Person fälschlicherweise Worte in den Mund zu legen ist eine unredliche Vorgehensweise, derer sich BG leider auch in seinen jährlichen RIAL-Berichten bedient (10), um Kritik an Israels Vorgehen zu delegitimieren und in die Nähe von Judenfeindlichkeit zu rücken.

Antisemitismus ist Hass oder Diskriminierung gegen jüdische Menschen, weil sie Juden sind. Das ist eine Straftat und soll dementsprechend kompromisslos bekämpft werden. Doch wenn ein Staat ein anderes Volk seit Jahrzehnten blutig unterdrückt und, gerade seit 18 Monaten, schlimmste Kriegsverbrechen begeht, so sollte jeder rechtschaffene Mensch dies verurteilen, unabhängig davon welche Identität dieser Staat sich gibt. Entmenslichung darf nicht zur Norm werden und Internationales Recht darf nicht weiter demontiert werden. Doch BG beruft sich regelmäßig auf die IHRA-Definition von Antisemitismus, um solche Stimmen zum Schweigen zu bringen. Er verschweigt dabei, dass diese Definition von unzähligen renommierten Juristen, darunter 40 jüdischen Organisationen (11), bemängelt wird, da ihr gewollte Konfusion und Gefahr von Missbrauch innewohnen. Er sagt auch nicht, dass Luxemburg die beigefügten und von ihm zitierten Beispiele dieser Arbeitsdefinition, welche auf die Vermischung von Israelkritik und Antisemitismus zielen, sprich „Israel-bezogenem Antisemitismus“, nicht angenommen hat.

Eine ähnlich wenig wissenschaftliche und recht tendenziöse Vorgehensweise begegnet man in den jährlichen RIAL-Berichten, die auf vielen Seiten wie ein anti-palästinensisches Pamphlet oder ein Copy & Paste des israelischen Narrativs wirken. Die Broschüren werden gezielt an Verantwortliche in Politik, Medien oder Schulen gesandt, wo kaum jemand sich die Zeit nimmt, die wirklichen Tatbestände zu überprüfen, doch es finden sich immer wieder Journalisten oder Politiker, um die oft verunglimpfenden Anschuldigungen zu reproduzieren. So kürzlich ein Journalist auf Radio 100,7, welcher ohne den geringsten Ansatz einer Begründung eine frühere Abgeordnete in Verbindung mit Antisemitismus rückte (12). Auf diese Weise werden Menschen in ihrer Ehre beschädigt, zugleich sind alle anderen Bürger gewarnt, gerade jene, denen ihre Karriere am Herzen liegt. Die Folgen davon sind oft Zensur oder Autozensur.

BG behauptet zwar, „le RIAL n'est pas partie prenante dans ce conflit“, und doch ahnt der Leser der RIAL – Jahresberichte, dass hier der Kampf gegen Antisemitismus missbraucht wird, um eine politische Agenda zu verbreiten. In einer Broschüre (13) findet man, auf einer ganzen Seite gar, Fotos von 2000 Jahre alten hebräischen Münzen und Siegeln, die im Westjordanland gefunden wurden, neben einer Karikatur von zwei Aktivisten mit Palästina-Flagge und -Schal und einem Plakat „Stop Israel“, welche ridiculisiert werden unter einer Sprechblase „Schrecklich! Ich wusste nicht, dass die Besatzung so alt schon ist“. Es ist kein Geheimnis, dass Israel die Archäologie vielfach in den Dienst der Besatzungspolitik stellt (14), doch was hat diese Seite in einem Bericht zu antisemitischen Vorfällen in Luxemburg zu suchen? Dies dient nicht dem Kampf gegen Antisemitismus, sondern der Verbreitung einer Ideologie, die der israelischen

Siedler und der extremen Rechten welche behaupten, dass dieses Land seit jeher den Juden gehöre und dass die Palästinenser keine Rechte darauf hätten. Und der Absicht, das Völkerrecht und die Schwere der israelischen Besetzung Palästinas zu relativieren.

Antisemitismus darf nicht verharmlost werden, doch leider wird der Antisemitismusvorwurf systematisch missbraucht, was dem Einsatz gegen tatsächlichen Rassismus schadet. Der israelische Außenminister Israel Katz maßte sich an, die Vereinten Nationen als „antisemitische Organisation“ zu verleumden, und sein Land verbietet gar dem UNO-Generalsekretär Guterres die Einreise. Israels Ministerpräsident Netanyahu bezichtigt den Internationalen Gerichtshof des *Antisemitismus*. Mit ähnlichen Anschuldigungen wird die gerade jetzt so wichtige Arbeit des Hilfswerks der Vereinten Nationen UNRWA behindert, obwohl ihr Mandat auf Resolutionen der UNO- Generalversammlung gründet. Dieselbe Strategie gebrauchen die Regierenden in Israel, um die Berichte und die Alarmrufe namhafter Menschenrechtsorganisationen zu diskreditieren. Ebenso beeindruckend ist die Liste der Persönlichkeiten, die des Antisemitismus bezichtigt werden, weil sie den Mut hatten, Israels Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu kritisieren (15).

Unter dem Banner des Kampfes gegen Antisemitismus werden heute friedliche Demonstrationen oder Konferenzen, die das tägliche Morden im Gazastreifen offenlegen, untersagt und renommierte Universitäten bekommen Subsidien gestrichen. Repressive Maßnahmen richten sich dabei ebenfalls gegen kritische Juden (16). In den USA und in Deutschland riskieren inzwischen Menschen, trotz Aufenthaltstitel, wegen friedlichen Protesten festgenommen oder gar abgeschoben zu werden. Wenn es um Israel geht, werden Grundpfeiler der liberalen Demokratie - wie das Recht auf Protest und die akademische Freiheit – hastig über Bord geworfen. “The greatest threat to freedom of speech in Western countries is Israel and its supporters, a threat to democracy”, formuliert es unverblümt der US-Politologe J. Mearsheimer.

In Zeiten, in denen israelische Besatzung sich in Annexion verwandelt, in denen die rechtsextreme Regierung zunehmend repressiver wird, nicht nur gegenüber den Palästinensern, sondern auch gegenüber seiner eigenen, privilegierten, jüdischen Bevölkerung, in denen Israel seine engsten Verbündeten in rechtsextremen und rassistischen Ideologien in Europa und weltweit findet, in denen der Internationale Gerichtshof Südafrikas "Völkermord"-Klage für plausibel erklärt und der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen Israels Premier und seinen Ex-Verteidigungsminister wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen erlassen hat, möchte man BG fragen, welchen Staat mit welchen Grenzen er meint, wenn er Israel bedingungslos in Schutz nimmt und sich dabei anmaßt, den Ruf anderer Bürger zu verletzen.

Claude Grégoire

1. Die Berichte von *Amnesty International*, *Human Rights Watch*, die *Internationale Föderation für Menschenrechte* oder *Médecins sans frontières (MSF)* und *Oxfam* welche auf Völkermord schließen sind online nachzulesen
2. Die Sprache des Völkermords, Zitate israelischer Politiker und Militärs
<https://senderfreiespalastina.de/pdfs/die-sprache-des-voelkermords-c.pdf>
3. Humanitäres Völkerrecht/ Internationales Komitee vom Roten Kreuz
<https://www.icrc.org/de/document/humanitaeres-voelkerrecht-haeufige-fragen-genfer-konventionen>

4. Volker Türk called the destruction of hospitals a “human rights catastrophe”
<https://news.un.org/en/story/2025/01/1158741>
5. Education in ruins: Gaza’s children on losing their right to learn/ CNN
<https://edition.cnn.com/interactive/2025/03/middleeast/gaza-education-children-schools/index.html>
6. 62 prisonniers politiques palestiniens tués dans les prisons israéliennes depuis octobre 2023
<https://www.france-palestine.org/62-prisonniers-politiques-palestiniens-tues-dans-les-prisons-israeliennes>
7. Welcome to Hell, the Israeli Prison System as a Network of Torture Camps – B’Tselem
https://www.btselem.org/publications/202408_welcome_to_hell
8. “More than a human can bear”: Israel's systematic use of sexual, reproductive and other forms of gender-based violence since October 2023 – UN Office of Human Rights Commission
<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/03/more-human-can-bear-israels-systematic-use-sexual-reproductive-and-other>
9. Israeli Supreme Court upholds sweeping policy of withholding bodies of Palestinian citizens – Adalah
<https://www.adalah.org/en/content/view/11211>
10. Im RIAL Jahresbericht 2019 z.B. bringt BG erfundene Zitate zwischen Anführungszeichen
11. 40 Jewish Groups Worldwide Oppose Equating Anti-Semitism with Criticism of Israel
<https://imemc.org/article/jvp-40-jewish-groups-worldwide-oppose-equating-anti-semitism-with-criticism-of-israel>
12. So Jeff Schinkers haltlose Diffamierung von Nathalie Oberweis im Kader der Besprechung von “Toutes les vies de Théo von der Nathalie Azoulai” auf Radio 100,7
13. Rapport RIAL sur l’antisémitisme au Luxembourg 2018, Seite 104
14. Creuser la terre-patrie - Une histoire de l'archéologie en Palestine-Israël, 2023, von der Historikerin Chloé Rosner
<https://www.nonfiction.fr/article-12066-larcheologie-juive-au-service-du-projet-sioniste.htm>
15. Noam Chomsky, Judith Butler, Edgar Morin, Pascal Boniface, Pierre Bourdieu, Charles Enderlin, Dominique de Villepin, José Bové, Francesca Albanese, Ken Loach, Jeremy Corbyn, Bernie Sanders, Hugo Chavez, Jean-Luc Mélenchon, Brian Eno, Roger Waters, Charles de Gaulle usw. usw.
16. Iris Hefets, Vorstandsmitglied der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost, wurde in Berlin festgenommen und wegen Volksverhetzung angezeigt weil sie ein Schild trug mit der Aufschrift: „Als Jüdin und Israeli sage ich stoppt den Genozid“. Dabei ist spätestens mit der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs klar, dass es “plausible” Anhaltspunkte für einen Genozid gibt.